

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempelfiscer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal, pro Monat 4 1/2 Sgr. für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr. Filialabonnements für die Vereinigten Staaten: R. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. via New York. G. A. Schneider, 155 W. Lake Chicago (Ill.)

erschient wöchentlich 2 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
Expedition, Hebestraße 4.
die Genossenschafts-Druckerei, Zeigerstraße 44.
H. Bebel, Peterstraße 18.
Müller, Bayerstraße 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 84. Sonnabend, 19. Oktober. 1872.

Vom Haager Kongress der Internationale.

III.
(Vom Verfasser des Artikels I.)

Wenn wir die Verdrehungen der Presse bezüglich des Kongresses durchmustern wollen, thun wir am besten, uns zunächst anzusehen, was der Mustermann Biedermann, der doch nur Ein Mal in seinem Leben die Unwahrheit gesagt hat, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt. Das Blatt dieses Reichs- und Landtagsabgeordneten und Professors ist gewissermaßen die Gasse, in welche der Un- und Blödsinn der gesammten nationalliberalen Presse Mitteleuropas mündet. Wir können uns daher unsere Auslegungsaufgabe erleichtern, indem wir, durch eine Kritik des Artikels der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ per Adresse des „Sachs“ die Prügel an den „Esel“ befördern. Die „Biedermannsade“ beginnt damit, daß der „mit soviel Pomp angekündigte“ Kongress „erst nach drei vollen Tagen das Publikum zugelassen hat.“ Pöge Nr. 1! Die Ankündigung des Kongresses seitens der sozialistischen Blätter bestand aus nur wenigen Zeilen, so schlicht und einfach, wie man sich eine Ankündigung nur denken kann; im „Volksstaat“ speziell war sie so kurz gefaßt, daß Herr Müller, der doch gewiß den „Volksstaat“ genau liest, sie dreimal überfah und erst beim vierten Mal darauf aufmerksam wurde und ihre Wiederholung verbot. Mit „Pomp“ angekündigt wurde der Kongress nur von den gegnerischen Blättern, nicht von den sozialistischen. Wenn sich nun gar Herr Biedermann darüber sonnt, daß der Kongress „drei volle Tage“ nichtöffentliche Privatitzungen abgehalten hat, so sei ihm zur Beruhigung gesagt, daß ein Verein, dessen Delegirte 2 Jahre nicht beisammen waren, sehr wohl 3 Tage zur Erlebung innerer Angelegenheiten — nenne man es auch „schmutzige Wäsche“ — brauchen kann. Jeder Verein — er mag eine Tendenz haben, welche er wolle — ist zeitweise in der Lage, nichtöffentliche Sitzungen abhalten zu müssen; was ist also daran Auffälliges, wenn die Internationale eine in der ganzen Welt heimische und notwendige Sitte befolgt? Herr Biedermann selbst hat schon zahllosen „geheimen“ Sitzungen seiner Gesinnungsgenossen beigewohnt, — ja er hatte sogar schon den Muth, als Kongressabgeordneter vor einem engeren Kreise der Chemnitzer Bourgeoisie Bericht zu erstatten.

Es hätte scheinen können (und es würde das nicht übersehen haben), in diesen ersten geheimen Sitzungen seien allerhand Dinge verhandelt worden, die man Ursache gehabt habe dem Auge des Gesetzes und seiner Wächter zu entziehen (die Denunziantennatur dieses Menschen verleugnet sich nirgends R. d. V.); allein in Wahrheit ist der Grund jener Geheimthüre anscheinend ein anderer gewesen. („In Wahrheit“ „anscheinend“ — Professorendeutsch!) Theils nämlich war die Betheiligung eine so geringe (ein Berichterstatter der „Independance belge“ zählte nur etwa 50 Personen, die sich in den Saal begaben), (es waren vielmehr 65 Delegirte anwesend; gewiß keine zu geringe Zahl, wenn man die enormen Kosten bedenkt, welche der Besuch eines internationalen Kongresses verursacht. Wären statt 65 130 dagewesen, so hätte dieselbe Preßbande sicherlich sich über die „Vergewandlung der Arbeitergroßen“ zermüht. R. d. V.), daß man sich schämte (!), damit vor die Öffentlichkeit zu treten, und von Tag zu Tag wartete — in der Hoffnung auf noch zahlreichere Betheiligung, theils aber es im Schooße des Kongresses selbst allerhand Händeleien, Intriguen und ärgerliche Scenen, die man möglichst mit dem Schleier des Geheimnisses zu bedecken suchte.

Allerdings gab es „Intriguen“ zu enthüllen, nämlich die der Bakunisten, die — wie schon mehrfach erwähnt — eine geheime Gesellschaft innerhalb der Internationale behufs Auflösung derselben organisiert hatten; diese „Intriguen“ wollte man aber nicht mit dem Schleier des Geheimnisses bedecken, sondern gerade dadurch aufdecken, daß man die Geheimbündler austief. Da nun statutengemäß alle inneren Fragen der Assoziation — Verwaltungs- und Statutenfragen mit einbezogen — in Privatitzungen verhandelt werden müssen, so konnte auch selbstverständlich die Anwesenheit der „Alliance“ — so nennt sich ja die von Bakunin geleitete geheime Gesellschaft — nicht vor der Öffentlichkeit bezeugt werden. Und da andererseits die bakunistischen Händeleien teilweise gelegentlich der Prüfung der Mandate der 4 spanischen und eines amerikanischen (bakunistischen) Delegirten abgewickelt wurden, so ist klar, daß die Mandatprüfung eine ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch nehmen mußte. Warum sich die Herren Zeitungs- und Korrespondenten so sehr über die lange Dauer der Mandatprüfung moquieren, rührt unseres Erachtens nur daher, daß man dieselben nicht zulassen wollte, als der „Bürger West“, der Delegirte der bürgerlichen Schwindlerin, Millionärin und Spiritistin Woodhull aus Newyork — welchen, sammt seinen Mandanten, der Kongress aus der Internationale ausgeschlossen hat — das unsern Kongress durch die Praxis so geläufige Thema der „freien Liebe“ entwickelte. Aus Rache schrieben jene Korrespondenten denn auch dann: 12 amerikanische Sektionen (statt die amerikanische Sektion 12 — welche eben durch West vertreten war) wären vom Kongress aus der Internationale ausgeschlossen worden.

Doch kehren wir zu unserm Biedermann zurück. Er behauptet: „Aus Amerika ward Ein Delegirter gezählt“, (das „Kasseler Tageblatt“ berichtet sogar: „Amerika hat nicht einmal Einen Delegirten geschickt“) während als Abgesandte des amerikanischen Kongresses der Internationale Sorge und Dereure aus Newyork anwesend waren, und einzelne Sektionen noch einen besonderen Delegirten geschickt hatten. Er erwähnt ferner — was der „Volksstaat“ bereits vor mehreren Wochen berichtet hat — daß die Statuten in Rimini einen Gegenkongress nach Neuchâtel in Bernen hätten, — verschweigt aber, daß die Rimini'schen eben Bakunisten sind, wodurch die „Vosagung vom Londoner Generalrathe“ natürlich erscheint. — „Aus Leipzig war ein Delegirter da,

welcher die Oesterreicher vertrat“, sagt der Korrespondent der „Independance belge“, ohne ihn zu nennen.“ Wieder der Denunziant, — dessen Liebesmühe jedoch dreimal vergeblich, da der betreffende „Leipziger, der Oesterreich vertrat“, augenblicklich (und wol für immer) in London haust. Daß Biedermann unsern Mitredakteurs Heyner wegen die gedachte Notiz des Brüsseler Blattes abgedruckt habe, werden hoffentlich nur diejenigen annehmen, die Jenen für einen unedlen Charakter halten.

Was die Ursachen der Spaltung betrifft, — fährt Biedermann fort — so schienen sie ihren Grund theils in einer vom Generalrathe sich beigelegten, von vielen Sektionen aber zurückgewiesenen, allzu diktatorischen Gewalt jenes ersten, theils in dem Bestreben ebendieses Generalrathes zu haben, die Mitglieder der „Internationalen“ neben der sozialen Agitation auch für eine politische Thätigkeit in ihren betreffenden Ländern zu verwenden, womit viele wol nicht einverstanden waren. Gewiß ist, daß gerade diese Frage wegen der politischen Thätigkeit der Gesellschaft die Sprengung des Kongresses zur Folge gehabt hat.

Die „diktatorische Gewalt“ des Generalrathes bestand darin, daß er die Woodhull'sche Spiritisten-Schwindlergesellschaft der „freien Liebe“ in Newyork und einige geheimbündlerische Sektionen, welche bakunistische, denjenigen der Internationale widersprechende Statuten nebenbei anerkannten, suspendirte. Der Kongress hat anerkannt, daß der Generalrath im Interesse der Sache zu diesen Schritten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, und hat den Verwaltungsverordnungen einen Paragraph einverleibt, wonach der Generalrath auch in Zukunft das Recht zur Suspension einzelner Sektionen hat — freilich nach vorheriger Zurathziehung des Federalrathes des betreffenden Landes. Von einer Spaltung in der Internationale wird fortan kaum mehr die Rede sein können, denn die Bakunisten haben sich in Zukunft entweder den Beschlüssen des Kongresses zu fügen oder — auszutreten. Die Betheiligung an der Politik seitens der Arbeiterklasse ist vom Kongress beschlossen worden, und wenn den Bakunisten dies nicht gefällt, so dürfen sie nicht mehr der Internationale angehören. Das ist sehr einfach.

Charakteristisch ist es, daß die gesammte antisozialdemokratische Presse für Bakunin gegen die Internationale Partei nimmt, obgleich diese dadurch, daß sie ein für allemal erklärt hat, mit „geheimen“ Gesellschaften nichts zu thun haben zu wollen, sich vor dem Kulturhistoriker das beste Zeugnis ausgestellt hat. Wir übergehen, was Biedermann den Bakunisten über die „Herrschergelüste“ des Generalrathes nachspricht — die Bakunisten nennen sich darum „Antiautoritarier“ —, denn wir werden noch Gelegenheit haben, bei Wiedergabe einzelner Reden der öffentlichen Sitzung darauf zurückzukommen, und zitiren nur noch folgende Stelle:

„Wie Marx mit andern Gegnern (außer Bakunin) fertig zu werden wußte, davon wird folgendes Beispiel erzählt. Sein Schwiegersohn, ein gewisser Lafargue, der auf dem Kongress seinen Adjutanten (!) machte, brachte aus Barcelona ein Mandat als Delegirter bei — man (wer ist „man“? Redaktion des Volksstaat) wollte wissen, von etwa 9 oder 10 einzelnen Mitgliedern, nicht Sektionen der Gesellschaft. Dagegen waren 4 andere Delegirte aus Spanien erschienen, welche 17000 (!) spanische Bürger vertraten. Allein sie waren gegen den Generalrath und gegen Herrn Karl Marx. Man wollte sie deshalb erst gar nicht zulassen, man bestritt die Gültigkeit ihrer Mandate etc.; endlich, da sie höllischen Lärm (!) machten, stand man davon ab, aber man setzte durch, daß nicht nach Sektionen (sondern jeder Delegirte eine der Zahl seiner Vollmachtgeber entsprechende Stimmenzahl zu führen hätte), sondern nach Köpfen abgestimmt wurde!“

Unwahr von vorn bis hinten. Lafargue war so wenig Marx's „Adjutant“, daß er, als es sich um die Ausstoßung Schwiguelbels (des Genossen von Guillaume) handelte, sich der Abstimmung enthielt, obgleich der Antrag auf Exclusion durch Marx gestellt war. Und was den Abstimmungsmodus anbelangt, so ist er durch die Statuten der Assoziation genau vorgeschrieben. Die Spanier hatten zwar einen Antrag auf Abänderung des Abstimmungsmodus gestellt; allein, selbst wenn dieser Antrag — daß nicht nach den Köpfen der Delegirten, sondern der Mandanten (Auftraggeber) abgestimmt werden soll — durchgegangen wäre, so hätte dieser neue Abstimmungsmodus statutengemäß doch erst auf dem nächstjährigen Kongress zur Anwendung kommen können, nicht auf dem Haager, und darum war das Schmolten der Spanier, die ein Mandat imperativ hatten, sich so lange der Abstimmung zu enthalten, bis der von ihnen gewünschte Modus eingeführt würde, von vornherein ohne jeden praktischen Nutzen. — Zur Charakteristik unserer Presse sei ferner noch angeführt, daß ein Idiot des „Kasseler Tageblattes“ den Haager Kongress zu einer „Gegendemonstration zur Kaiserentrevue“ macht und „fast bedauert“, daß „Bebel und Liebknecht, die gleichfalls trotz ihrer jahrelangen Mundproduktionen bis jetzt noch nichts geschaffen haben (dieselben wollten wol dem „Kasseler Tageblatt“ zu Liebe dann und wann ein Revolutionschen veranstalten?) wegen ihres Kofettirens mit Marx und der internationalen Dirne (!) zu Märtyrern gestempelt werden“.

Politische Uebersicht.

Die Verkommenheit unserer Bourgeoisie. Bei der Nachwahl in Berlin haben die gesinnungstüchtigen Fortschrittphilister, nachdem die Candidatur Jakob's glücklich beseitigt worden, einen Hammswurf, Namens Kerst, geschickt, dessen politisches Glaubensbekenntnis sich in den Worten zusammenfaßt: „In Preußen ist der Rechtsstaat bereits konstituir“. Allerdings — für die Stieber, Biowald u. s. w. —

Verrohung. In patriotischen Blättern lesen wir, wie deutsche Offiziere in ihrem Gesellschaftszimmer eine mit dem Blut des erschossenen Trägers getränkte französische Fahne aufgehängt haben, um sich an dieser glorreichen Trophäe zu laben. Und das amtliche Organ der preussischen Regierung, die „Provinzialcorrespondenz“, schreibt in einem Artikel zur Beschönigung der barbarischen Massen-austreibungen aus Elsaß-Lothringen: „Getrost darf man die Sorge für die deutsch-nationale Erziehung und Ausbildung derselben jetzt unseren Soldaten aus Pommern oder Schwaben, aus Heßlein oder Bayern, aus Hannover oder den Rheinländern anvertrauen, sowie der ernstesten, sittlich und national erhebenden Zucht im Heere.“

Selbst das französische Empire hatte sich nicht zu einem derartigen Zynismus der Sabelbrutalität und des Sabelkultus aufgeschwungen! In diesem Punkt übertrifft die Kopie noch das Original. — Die „Provinzialcorrespondenz“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ thun sehr jährlisch mit den „Katheder-sozialisten“. Nun — wo die preussische Regierung hinaus will, das hat der berüchtigte Artikel der „Provinzialcorrespondenz“ geplaudert. Die „Arbeiterfreundlichkeit“ ist Berliner Wind, und erst ist nur der Stieber. —

Zur Rechtsgleichheit im deutschen Reich liefert ein Erkenntniß des Berliner Gerichts in einem gegen die „Germania“ anhängig gemachten Majestätsbeleidigungsprozeß einen interessanten Beitrag. Wir lesen in den Blättern:

„Die „Germania“ stand wieder einmal vor Gericht, der Majestätsbeleidigung angeklagt. Als im August dieses Jahres ein bairisches Blatt wegen Beleidigung Viktor Emanuel's verurtheilt war, brachte die „Germania“ am 20. August einen Artikel, worin, um nachzuweisen, daß zwischen Deutschland und Italien in dieser Beziehung keine Gegenseitigkeit besteht, Citate aus italienischen Blättern reproduzirt wurden, in denen Schmähungen gegen Kaiser Wilhelm enthalten waren. Die Staatsanwaltschaft deduzirte daraus, daß diese Reproduktionen selbständige Beleidigungen des Kaisers seien, und beantragte vier Monate Gefängnis. Der Richter erkannte auf Freisprechung, weil er aus dem inkriminirten Artikel die Ueberzeugung gewonnen, daß dem Angeklagten weder die Absicht, zu beleidigen, noch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit zugeschrieben werden dürfe.“

Wie in Nr. 81 des „Volksstaat“ unter Leipzig nachzulesen ist, wurde die Nr. 61 dieses Blattes konfiszirt, weil die Staatsanwaltschaft in etlichen in der letztgenannten Nummer enthaltenen Auszügen aus der „Rheinischen Zeitung“ und dem „Deutschen Eidenossen“ eine Beleidigung des deutschen Kaisers vorfand. Da der Verfasser genannten Artikels nicht zu ermitteln war, wurde der verantwortliche Redakteur Ruth in eine Verbüßungsstrafe von sechsiger Thaleren genommen. In dem Erkenntniß des Leipziger Bezirksgerichts heißt es: „... bei der bekannten Tendenz des „Volksstaat“ zugleich in zweiter Linie den Zweck verfolgten“, — nämlich die inkriminirten Stellen — „den deutschen Kaiser in den Augen des Publikums bloßzustellen etc.“ — Eine Tendenz verurtheilt man — so will es die Logik — aus Tendenz. —

Der Strike der Bauarbeiter der Firma Corbett und Mac Clymont in London hat seinen Abschluß gefunden in einem vollständigen Siege der Arbeiter. Bekanntlich wollte das genannte Vaugeschäft den vereinbarten Stundenlohn von 8 1/2 auf 8 Pence reduzieren. Dank der guten Organisation der englischen Arbeiter, ist dieses Vorhaben der Bauherren gründlich vereitelt. —

Aus Lissabon erhalten wir folgende Zuschrift:

Arbeiter! Brüder!
Die Gewerkschaft, welche sich in Lissabon unter dem Namen: Lissaboner Arbeiterverbrüderung (Fraternidade Operaria) gebildet hat, und beinahe 6000 Genossen zählt — sie war auf dem Haager Kongresse vertreten — hat in diesem Augenblicke einen bedeutenden Strike der ihr angehörigen Eisengießer zu unterhalten. Der Strike bezweckt die Abschaffung der zwei Stunden Abendarbeit während der Wintermonate, und, wie sich von selbst versteht, haben in Folge des Strikes auch die verbündeten Sektionen der Schmiede, Eisendreher, Kupferschmiede und Verzinner die Arbeit einstellen müssen. Unter diesen Umständen und am Vorabend einer allgemeinen Arbeitseinstellung in den Lissaboner Eisenwerken, wendet sich die Arbeiterverbrüderung, welche in Lissabon die Bannerträgerin im Kampf der Arbeit gegen das Kapital ist, an die Arbeiter der übrigen Länder, voller Vertrauen, daß die Solidarität, die Gleichheit der Interessen der Arbeiter des ganzen Erdendrums nicht eine bloße Redensart, sondern eine begriffene, in das Leben, in die Praxis übergeführte Wahrheit ist. Wir hoffen darum, daß diese Mittheilung genügen wird, die Arbeiter Deutschlands und anderer Länder zur Zurückweisung von Vorschlägen zu bestimmen, welche ihnen von den Besitzern der hiesigen Eisenwerke gemacht werden sollten. Wir sind überzeugt, es bedarf nur dieser Andeutung, um den Man unserer Kapitalisten zu vereiteln: die ausländischen Arbeiter werden sich nicht als Werkzeuge zur Unterdrückung ihrer portugiesischen Brüder gebrauchen lassen; sie werden nicht in unserem gemeinsamen Klassenkampf auf Seiten der gemeinsamen Gegner treten!

Lissabon, den 3. Oktober 1872.
Der Sekretär der Fraternidade Operaria de Lisboa (Lissabon):
Jose Fontana.

Auf die Angriffe des „Neuen Sozialdemokrat“ gegen Liebknecht und Bebel sei bemerkt, daß in Eisenach die Polizei requirirt wurde, weil es besser war, Leute, die uns von dem preussischen Regierungsagent Schweiger zum Skandalmachen auf den Hals geschickt worden, durch Polizei zur Ruhe zu bringen, als uns und die Arbeiterjache durch eine Prügelei mit ihnen zu besudeln. Was sodann die angebliche „geheime Konferenz“ Liebknecht's mit dem „Chef des

österreichischen Pressfonds" angeht, so war der augenscheinlich gemeinte Vorgang weder „geheim“, noch eine „Konferenz“, noch mit dem „Chef des österreichischen Pressfonds“. Das Zusammentreffen Liebknecht's mit Orges, das Hasselmann offenbar im Auge hat, war ein rein zufälliges, war nicht „geheim“, sondern hatte einen Dritten zu zeugen, und galt der Besuch des Herrn Orges überhaupt nicht Liebknecht, sondern diesem Dritten, Dr. Petermann, was seinerzeit in Nr. 76 des „Volkstaat“ vom Jahre 1870 durch Briefe von Orges selbst und Dr. Petermann bewiesen ward. Herr Hasselmann weiß das sehr genau, aber als Nachfolger Schweiger's hat er dessen Handwech der Verbächtigung aller der Reaktionen im Weg stehenden Persönlichkeiten fortzusetzen. Wer nicht aus derselben Krippe kriecht wie Schweiger und Spießgefellen, wird von Schweiger und Spießgefellen für einen — Verräther erklärt, wie das von jeher die Art der agents provocateurs.

Eine recht traurige Frucht der vom „Neuen Sozialdemokrat“ planmäßig betriebenen Arbeiterverberbung ist jedoch in Berlin gereift. Angeblich um für die deutschen Tischlergesellen eine einheitliche Organisation zu gründen, war ein „Tischlerkongress“ nach Berlin berufen worden, der vergangene Woche dort tagte. Die Majorität des „Kongresses“ zeigte sofort ihr wahres Gesicht, indem sie York, der erschienen war, aus den Sitzungen wies, unter dem Vorwand, er habe kein Mandat. Letzteres war allerdings richtig, aber als Präsident der Holzarbeitergewerkschaft vertrat York einigetausend deutsche Holzarbeiter, wovon die meisten Tischler sind, und, selbst wenn — was wir aber bezweifeln — ein Hornschler vorlag, so hätte der zur Schau gestellte Zweck des Kongresses die Anwesenheit York's unter allen Umständen nur wünschenswerth erscheinen lassen können. York den Zutritt verweigern, war offenbar ein Beweis feindlicher Gesinnung gegen die bereits vorhandene Organisation der Holzarbeiter. Dieselbe Gesinnung trat hervor, als es sich um die Wahl der Vereinsorgane handelte: der „Neue Sozialdemokrat“ wurde gewählt, der „Volkstaat“ dagegen verworfen. Es zeigt dieser albere Beschluß deutlich, in welcher Hand sich die Fäden des sogenannten Tischlerkongresses befinden haben.

Und die praktischen Folgen? Der „Verein der Tischlergesellen ganz Deutschlands“ ist ein todgebornes Kind; er ist keine Gewerkschaft, sondern ein Anhängsel des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, und wird von Niemand unterstützt werden, der nicht an den „Neuen Sozialdemokrat“ glaubt. Für diesen „Erfolg“ mögen sich die Berliner Tischlergesellen bei den Herren Hasselmann und Hasenklever bedanken!

Der Redakteur der „Chemnitzer freien Presse“, West, ist wegen Majestätsbeleidigung, die er durch Veröffentlichung der Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiterassoziation bezangen haben soll, zu drei Monaten Festung und außerdem wegen Beleidigung des Herrn v. Müde zu 30 Thalern Geldstrafe verurtheilt. Neben West befinden sich noch Most und Lyser in Haft. — In Nürnberg verbüßt Remminger, Redakteur des „Rätker demokratischen Wochenblatt“ eine zweimonatige Gefängnisstrafe.

Leipzig. Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, sind dieser Tage durch den dazu beauftragten Legationsrath Lothar Bucher Verhandlungen mit Herrn Hans Blum gepflogen worden wegen Uebernahme der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Das Wichtigste an der Sache ist, daß Hans Blum abgelehnt haben soll.

Berichtigung. Ihr Korrespondent, der in voriger Nummer schrieb, die „Concordia“ hätte sich „Marx' Hiebe ruhig eingestekt“, ist im Irrthum. „Eingestekt“ hat sie sie wol, aber nicht „ruhig“, denn sie hat sich in 2 Nummern gekrümmt wie ein Wurm, um zu beweisen, daß — Marx gewußt habe, Gladstone könne die fragliche Aeußerung nicht in dem Sinne gethan haben, wie die Inauguraladresse insinnirt. Daß Marx den Satz „formell und materiell hingelogen“ habe, sagt sie nicht mehr, sondern sie giebt zu, daß der von ihr strengig gemachte Gladstone'sche Satz nicht gefälscht ist. Der casus belli ist mithin jetzt nicht mehr der frühere und Marx ist keineswegs verpflichtet — nachdem die „Concordia“ in der ersten Streitfrage so jämmerlich Mißes gemacht hat — sich mit ihr in eine Diskussion über ein andres Thema einzulassen. Gelegentlich werde ich auf dies Thema zurückkommen. A. H.

Unter der Ueberschrift: „Die Großen fressen die Kleinen auf“ erzählt unser Grimmitzhauer Colloge, der „Bürger- und Bauernfreund“, eine „Geschichte aus dem Leben“, die ihre sehr lehrreiche „Moral“ hat und den Lesern des „Volkstaat“ nicht vorenthalten werden darf. Sie lautet:

„Herr Eduard Lippelt ist ein ehrenwerther Mann. Wer wollte es ihm verdenken, wenn er im Kampfe um das elende Bischen Dasein vorwärts zu kommen sucht? Nur wer mit Verstand und Wig die gegebenen Verhältnisse richtig zu schätzen versteht und im betreffenden Momente den kürzesten zum Ziele führenden Weg einzuschlagen weiß, nur Der wird mit dem Geschick fertig werden, soweit das einem Menschen überhaupt möglich ist. Man muß hier auf Erden Hammer oder Ambos sein, auf sich herumhauen lassen oder selber hauen; und hat man sich entschlossen, die Rolle des Hammers zu übernehmen, dann muß man auch dafür Sorge tragen, recht hart zu werden, damit der Hammer am widerstrebenden Elemente nicht etwa gar Schaden leidet und zerpringt. Ehre dem Hammer! Denn durch seine Thätigkeit wird mit am Nationalreichthum geschmiedet. Ist der Hammer aber ein Mensch, so mag er immerhin im Hammer sich hart erweisen, für die Freude am Erhammeren aber ist auch sein Herz empfänglich, und die Mehrung des allgemeinen Wohlstandes ist so innig verknüpft mit der des eigenen, daß das Verhagen darüber ein durchaus berechtigtes ist. Mit edlem Stolze können Alle, die sich von solchen Erwägungen leiten lassen, sich sagen, daß sie zu des Vaterlandes Ruhm und Ehre mit beitragen. Sie Alle, Alle sind ehrenwerthe Männer!

Ein Jeder ist seines Glückes Schmied. Herr Lippelt hat's verstanden, das Eisen zu schmieden, als es warm war; Herr Hermann Uhlig ist nicht so geschickt gewesen. Sonst hat's dem Letzteren an Geschick nicht gefehlt, denn neben der gewöhnlichen Weberei hatte er's in der Perlwaberei so weit gebracht, daß er's wagen konnte, sich in Chemnitz auf eigene Füße zu stellen. Und er hätte auch wirklich Erfolg gehabt, wenn's ihm nur gelungen wäre, ein kleines Capital anzutreiben, mit dem er seinem Unter-

nehmen den gehörigen Schwung hätte geben können. In Ermangelung dessen war's aber ein schwerer Kampf, den er dem einzigen Concurrenten am Orte gegenüber zu führen hatte, denn dem stand das zur Seite, was ihm fehlte. Wenn nun in dem Augenblicke, als er zu der Einsicht gekommen war, daß sein Mühen ohne Unterstützung ein vergebliches sei, ihm als rettender Engel der auf Speculationen ausgegangene Herr Eduard Lippelt aus Meerrane erschien, sollte er die ihm dargebotene hilfreiche Hand nicht mit Freuden ergreifen? Herr Lippelt kauft die ganze Werkstätte, nicht aus Gewinnucht, beileibe nicht! aus reinem Ekelmuth, denn 's ist ja ein gewagtes Unternehmen, in das er sich einlassen will, und Herr Uhlig soll ja unter günstigen Bedingungen die Stelle als Werkführer erhalten; also eine sichere Einnahme ist ihm von nun an garantiert, des Risiko's ist er quitt. Und das Alles hat er Herrn Lippelt zu verdanken. Ja ja, Herr Lippelt ist ein ehrenwerther Mann!

Da hat man wol Veranlassung, für die bescheidne Werkstätte von zwei Stühlen, für die Muster und für die fertige Waare mit einem recht mäßigen Preise zufrieden zu sein; die Werkführerstelle mit einem festen Wochengehalt von acht Thalern, mit einer jährlichen Miethschädigung von 50 Thalern und einer Tantieme vom Reingewinn in einer Höhe von 3 pCt. wiegt das Alles ja reichlich auf. Freilich befindet sich in dem abzuschließenden Kontrakte ein recht vertrackter Paragraph. Er heißt: „Die Dauer dieses Vertrages ist bestimmt auf die Zeit vom 1. Juli 1872 bis zum 30. Juni 1875, während welcher Zeit den Kontrahenten eine an einen Termin nicht gebundene vierteljährliche Kündigung freisteht.“ Doch da der Kontrakt auf drei Jahre lautet, so müßten doch wirklich absonderliche Gründe eintreten, wenn eine Kündigung von Seiten des Herrn Lippelt erfolgen sollte; gewiß soll diese Klausel nur dem Herrn Werkführer die freie Verfügung über seine Arbeitskraft ermöglichen. Herr Lippelt meint's ja so gut, und Herr Lippelt ist ein ehrenwerther Mann.

Zwar wird die Situation etwas bedenklich, wenn's von den anfangs noch ungeliebten Kindern, sobald sie nicht genügend arbeiten, heißt: „Dyrcheigen müssen sie kriegen,“ oder: „Die schmeißen wir raus,“ aber auch das läßt sich ja rechtfertigen, denn Strafe gereicht zur Besserung und wer nicht arbeiten will oder kann, soll auch nicht essen.

Und so wird denn wacker losgearbeitet und mit Dank wird's angenommen, wenn der freundliche Gebieter, um seinen Werkführer nicht allzusehr anzustrengen, ihn auffordert, sich einen, und bald einen zweiten Mann „zur Unterstützung“ einzurichten. Damit kann doch keine andre Absicht verbunden sein, denn — Herr Lippelt ist ein ehrenwerther Mann.

Und doch eine Kündigung nach Verlauf von kaum acht Wochen? Aber das ist ja — Still, still mein Lieber! Was soll's denn sein? „Ewig kann man ja nicht beisammen bleiben.“ Und ist's nicht allem vernünftigen Geschäftsbetriebe widersprechend, einen Werkführer mit hohem Lohne und Tantieme zu halten, wenn ein paar Arbeiter, die sich mit weit geringeren abfinden lassen, dasselbe verrichten können? Ist's nicht vorzuziehen, Leute unter sich zu haben, die man selbst erst zu Dem gemacht, was sie sind, als Dessen sich zu bedienen, der umgekehrt das Geschäft erst zu Dem gemacht, was es ist? der also Alles besser wissen will und zu große Selbständigkeit beansprucht? So ist's das einzig Richtige nach gesunden Geschäftsprinzipien. Schmach dem, der Böses davon denkt. Herr Lippelt ist ein ehrenwerther Mann.

Und wenn's denn soll geschieden sein, so nur ja recht bald; sonst gibt's zu viel Herzeleid. Und so schnell eine neue schriftliche Abmachung! Noch vier Wochen und dafür einige kleine Vergünstigungen. Wer in der Erregung ist, weil er meint, daß ihm Unrecht geschehen, setzt ja so gern ohne Rücksicht auf die eigene Zukunft und auch die der Familie dem „Gebieten“ sofort den Stuhl vor die Thür; um so eher ist auf vier Wochen einzugehen. Und so geschah's. Daß aus drei Jahren ein Vierteljahr geworden, ist freilich schlimm, und daß aus Dem, was für Uhlig Segen bringen sollte, Herr Lippelt in seine Schenere einfahren wird, noch schlimmer. Aber ist nicht Alles im Wege Rechtsens vor sich gegangen? Wer will Herrn Lippelt einen Vorwurf machen? Herr Lippelt ist ein ehrenwerther Mann! Wen's traf, der möge sich damit trösten, daß er unendlich viele Schicksalsgenossen in unserm Zeitalter hat. Was Heine von der durch Treulosigkeit betrogenen Liebe singt, das gilt auch hier: Es ist 'ne alte Geschichte, doch ewig bleibt sie neu, und wenn sie just passiret, — den macht sie zum Sozialdemokraten, wenn er Herz und Kopf auf dem richtigen Fleck hat.“

Das Genossenschaftsunternehmen der Partei.

I.
Schon seit mehreren Jahren wurde in engeren und weiteren Parteitreffen die Begründung eines Unternehmens besprochen, wodurch es möglich sein soll, das Parteiorgan, sowie sämtliche Parteitchriften in einer, von Parteigenossen zu errichtenden Buchdruckerei herstellen und die Schriften von einer, mit der Druckerei verbundenen Parteiverlagsanstalt vertreiben zu lassen. Dieses Unternehmen sollte den vorhandenen Gesetzen angepaßt und vor allem im Interesse der Partei mit den Rechten einer juristischen Person ausgestattet werden.

Auf dem Stuttgarter Kongress (1870) war diese Angelegenheit durch die Vorlage eines Statutenentwurfs seitens der Hamburger Parteigenossen in ein bestimmtes Geleise gelenkt worden. Damals glaubte man, daß es am besten sei, eine Aktiengesellschaft auf Grund des deutschen Handelsgesetzes zu begründen, Aktien, lautend auf Namen des Inhabers, auszugeben, und im übrigen die Statuten des zu begründenden Unternehmens der Parteioorganisation möglichst anzupassen.

Der Kongress begrüßte die Vorlage als ein für die Partei gutes Zeichen und beauftragte die Berliner Parteigenossen, darüber ihr Gutachten abzugeben, um alsdann in Gemeinschaft mit den Parteibehörden das Unternehmen ins Leben zu rufen. Da der Krieg in damaliger Zeit so mancher sicher angebahnten Fortentwicklung der Partei störend in den Weg trat, so konnte es nicht verwundern, daß auch das Aktienunternehmen, zu welchem vor allem Geld nöthig ist, das aber in Kriegszeiten sich besonders rar macht, auf bessere Zeiten stillschweigend verlagert wurde.

Bei Berufung des Dresdener Kongresses (1871) tauchte das Projekt jedoch wieder in verschiedenen Anträgen auf und ward dasselbe auf dem Kongresse selbst Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Die Berliner Kommission berichtete darüber, sich für eine Aktiengesellschaft erklärend. Die Leipziger Parteigenossen legten hiergegen den Entwurf einer Genossenschaftsbuchdruckerei vor und konnten, gestützt auf das sächsische Genossenschaftsgesetz, welches von dem im übrigen Deutschland gültigen Genossenschaftsgesetze in einigen Punkten wesentlich abweicht, dafür zwei gewichtige Gründe ins Feld

führen. Erstens: ist das Wesen einer Genossenschaft seiner Einfachheit wegen dem Arbeiter leicht verständlich; zweitens: gilt in Sachen nicht die solidarische Haftbarkeit, wonach jedes Genossenschaftsmitglied mit seinem ganzen Vermögen bei etwaigen Verlusten haftbar ist, sondern es gilt nur die Haftbarkeit in der Höhe des gezeichneten Anttheilscheins.

Als dritter Punkt kam später noch hinzu, daß eine in Sachsen domicilirte (ihren Sitz habende) Genossenschaft zu ihrem Aufsichtsrath auch außerhalb Sachsens wohnhafte Mitglieder erwählen kann.

Diese gewichtigen Gründe waren es, welche auf einer im Mai d. J. stattgehabten Konferenz zweier Abgeordneten des Ausschusses und einiger Leipziger Parteifreunde endgültig, und zwar auch auf Empfehlung eines zur Verabreichung hinzugezogenen Juristen, für die Bevorzugung einer Genossenschaft statt Aktiengesellschaft entschieden. Das Statut wurde beraten, zur Begutachtung Juristen vorgelegt und dann bei dem Leipziger Handelsgericht eingereicht, von dem nunmehr — nachdem mehreren Bedenken hinsichtlich der Statutenredaktion getragen worden — die Genehmigung ertheilt und die Eintragung ins Handelsregister vollzogen worden ist.

Während des Interims vor der gerichtlichen Anerkennung der Genossenschaft war man von Hamburg aus, wie dies den Parteigenossen bekannt ist, nicht untätig. Die Propaganda für das Genossenschaftsunternehmen ging ihren vorgeschriebenen Weg und die Früchte derselben sind heute in der That, welche uns durch den Druck dieses Blattes in der Genossenschaftsbuchdruckerei vor Augen tritt, Jedermann greifbar. Es war aber auch sehr Zeit, daß das Unternehmen ins Leben trat, denn jeder Tag früherer Wirksamkeit desselben ist ein Gewinn für alle Beteiligten. Und betheilt sollten an diesem Unternehmen Alle sein, denen die Propaganda der Sozialdemokratie berechtigt erscheint und denen die Möglichkeit der Betheiligung absolet nicht entzogen ist.

Was aber braucht zuvörderst die Genossenschaftsbuchdruckerei um lebensfähig zu sein? — Geld und abermals Geld! Niemand versetzte sich bei dieser Erkenntnis hinter die von ihm bisher gebrachten Opfer.

So sehr wir auch von allen Seiten durch Sammlungen, Strikes und für die Politisch-Gemagregelten in Anspruch genommen sind, so darf uns dies doch nicht im geringsten von der Förderung eines Unternehmens zurückhalten, welches gerade am meisten geeignet ist, der Partei zu Geldmitteln und damit zu erhöhter Kraftanstrengung zu verhelfen. Wir dürfen uns mit dem Eintritt in die Genossenschaft überhaupt nicht einen Moment aufs Warten legen, denn Strikes werden bei der heutigen Stellung des Arbeiters zum Arbeitgeber nicht zu vermeiden und die Zahl der Politisch-Gemagregelten wird angesichts der gegen die Arbeiterbewegung feindlichen herrschenden Gewalten in Zukunft wol größer denn jetzt sein.

Die vielen Gründe, welche für die Nützlichkeit und Rentabilität des Genossenschaftsunternehmens sprechen, können alle aus der vorstehenden Rede erselien werden, welche Bebel über diesen Gegenstand auf dem Dresdener Kongress gehalten hat und die in dem betreffenden Kongressprotokoll zu finden ist. Doch ich will mich nicht mit diesem Hinweis begnügen, sondern will mir erlauben, sowohl die Zweckmäßigkeit, ja die Nothwendigkeit des Unternehmens, wie auch die, gefesselt leider sehr beschränkten, demokratisch-sozialistischen Grundzüge des Statuts hier des weitern zu erörtern. Ich betone jedoch im Voraus, daß wenn auch die Grundzüge des Statuts in unsern Augen knapp gehalten sind, dennoch den Freunden der Partei, sobald sie sich nur zahlreich der Genossenschaft als Mitglieder anschließen, immer noch ein allzeit völlig entscheidender Einfluß auf das Unternehmen, und dies das aufrichtige Bestreben seiner Begründer ist, gewahrt bleibt.

II.
Das Bestreben einer jeden Partei, welche die Hebung der sammtliche des Volks bezweckt, muß — um in Bezug auf Zweck ein nachhaltiges sein zu können — nach Kräften die wirtschaftliche Partei-Besserstellung ins Auge fassen. Vor Allem ist unsere Partei auf die Verwirklichung dieser Erkenntnis angewiesen. Sie zählt in ihren Reihen keine Kräfte und wird niemals auf dieselben rechnen dürfen. Sie ist angewiesen auf meistens proletarischen Geldbeutel ihrer Mitglieder und doch und muß sie, falls die Agitation die ihr unentbehrliche Steigerung erlangen will, von Tag zu Tag zu größeren finanziellen Leistungen fähig sein. Wie aber erlangt die Partei solche Fähigkeit? muß die geringen sekundären Kräfte, welche sie in sich birgt, zentriren, in einen bestimmten Kanal lenken, dort selbstverwendet legen und zwar so, daß sie den Ueberschuß, welcher sich durch Konsumtion ergibt, möglichst ganz dem Produzenten, also sich selbst zuwendet. Mit andern Worten: die Partei muß diejenigen Geschäftszweige, welche als die unentbehrlichsten Mittel in der Action sich bewährt haben, Buchdruckerei und Buchhandel, sich dienstbar machen, indem sie in derjenigen Form, welche die heutige Gesetzgebung über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vorschreibt, als genossenschaftlicher Unternehmer in genannten Geschäftszweigen auftritt. Und da die Partei wieder in erster Linie die Verbraucher der Erzeugnisse der zu gründenden Genossenschaft sein wird, so giebt sich hieraus, daß von Ausbeutung bei dieser Geschäftstätigkeit abzuhalten ist, wie drüben durchaus nicht gesprochen werden darf.

Wer einmal einen Blick in die großen Buchdruckerrechnungen, welche die Partei für eigene Druckfachen zu zahlen hat, geworfen, wer ferner in Erwägung zieht, wie viele Aufträge auf Buchdruckarbeiten durch die Gewerkschaften und die einzelnen Vereine Mitgliedschaften Jahr aus, Jahr ein zu erlangen sind, der wird zugeben müssen, daß die Partei und die mit ihr befreundeten Bindungen sehr wol eine eigene Buchdruckerei — und zwar nicht unbedeutende — erhalten können. Die Ausgaben, welche allein für den Druck des „Volkstaat“ zu bestreiten sind, geschon, eine Buchdruckerei lebensfähig zu machen; fügen wir hinzu, daß die größeren Artikel, welche im „Volkstaat“ erscheinen, nachträglich, wie dies bisher mit Erfolg geschehen ist, in Broschürenform noch separat gedruckt werden, so ist selbst, ohne der Arbeit zu gedenken, für die Buchdruckmaschine ziemlich viel Beschäftigung vorhanden.

Aber nicht nur gilt es, die Buchdruckerei und den damit verbundenen Prospektendruck verbundenen Verlagsbuchhandel, welcher sich sehr wol in gewisser Weise mit der Expedition des „Volkstaat“ vereinigen läßt, am Leben zu erhalten, sondern sie auch einträglich zu machen. Und dazu ist alle Aussicht, ja schon Gewißheit vorhanden. Der Schriftenverkauf wirft erfahrungsgemäß, trotz billigen Preise für Parteigenossen, schon heute einen Ueberschuß, und heute zahlen wir nicht nur deren Netto-Herstellungskosten, sondern auch den darauf lastenden Unternehmergewinn. In Zukunft werden wir nur diese Netto-Herstellungskosten für alle Buchdruckarbeiten, welche zur Parteigeschäftsleitung und zur Parteiaugmentation bestimmt sind, zu zahlen haben und folglich bedeutende Ersparnisse gegenüber dem bisherigen System erzielen. Diese Ersparnisse aber werden dazu dienen, in der Agitation, in der schriftlicher, sei es mündlicher, mehr als bisher leisten zu können.

Leipzig. Ein Anonymus aus Zwickau, der indes, gleich anderen Vögeln, sofort an seinen Federen zu erkennen ist — dieses krankhafte Bedürfnis der Staatsretterei, gepaart mit solch genialer Ignoranz und Verachtung der Logik, findet sich nur in Einem Bewohner unseres sächsischen Newkastles (das Hauptzentrum des englischen Kohlenhandels) — hat in dem „Zwickauer Wochenblatt, Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden in Zwickau“ (von welchem „Amtsblatt“ wir hier nur bemerken wollen, daß es intellektuell wie sonst ungefähr auf gleicher Stufe mit dem „Leipziger Tageblatt“ steht) eine fast zwei Spalten lange Litanei veröffentlicht, in der er die sächsische Regierung gegen die in Nr 77 des „Volkstaat“ von uns erhobenen und begründeten Anklagen zu verteidigen sucht. Gott behüte uns vor unseren Freunden! kann die sächsische Regierung antworten. Nach dem Leipziger Hochverrathprozeß die Herren (Post-) Leonhardt und Haus Blum, und jetzt dieses kleine griechische p (das, wie es scheint, „hartes“ p und „weiches“ p nicht unterscheiden kann). Das kleine griechische p meint, die von uns mitgetheilten Thatsachen bedürften „allerdings keines Kommentars, nämlich insofern, als daraus hervorgeht, daß die Zügellosigkeit dieser (der sozialdemokratischen) Presse und ihre Neigung zu Gesetzesübertretungen in fortwährender Zunahme begriffen ist.“ Beweise! keines griechisches p, Beweise! — Das kleine griechische p giebt selbstgefällig dem kleinen griechischen p das Zeugniß, nicht gelogen zu haben, indem es pathetisch ausruft: „Und so ist es in der That!“ Dixi, ich habe es gesagt, ich, das kleine griechische p, das aber auf deutsch ebenso gut „weich“ als „hart“ p sein kann. Beweise, Beweise, Du kleines griechisches p! Du kannst zwar ein sehr tugendhafter Mann sein, aber auch Gato der Censor mußte Beweise bringen, wenn er etwas behauptet hatte. Doch halt, da bringt das kleine griechische p ja Verschiedenes herbeigeschleppt, das sollen wol die „Beweise“ sein. Sehen wir uns den Stoff an: „Während jene Partei (die Sozialdemokratie) bei ihrem ersten schändlichen Auftreten sich vorsichtig in geseglichen Schranken zu halten suchte, während sie lange Zeit hindurch mit stiller Entrüstung den Vorwurf zurückwies, daß sie die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Zustände auf dem Wege der Gewalt herbeizuführen beabsichtige, während noch in dem Vebel-Liebkecht'schen Prozesse die Angeklagten sich abquälten (!), die Geschworenen glauben zu machen, daß das in ihren Schriften gebrauchte Wort „Revolution“ lediglich (?) eine friedliche Umgestaltung der Dinge habe bedeuten sollen, läßt die Sozialdemokratie täglich mehr die Maske fallen, ja auch zu den Uebelthätern der Pariser Commune offenen Beifall zu, und kündigt in immer stärker nach Pulver (!) und Petroleum dünftenden (!) Aufsätzen den Umsturz aller Throne und den Vernichtungskampf gegen die bürgerliche Gesellschaft an.“ Das die „Beweise“ des kleinen griechisches p. „Bei ihrem ersten Auftreten war die Sozialdemokratie „vorsichtig“ — „noch“ im Leipziger Hochverrathprozeß, „quälte sie sich ab,“ an ihren friedlichen Charakter „glauben zu machen“ — seitdem aber läßt sie „täglich mehr die Maske fallen“, „jauchzt der Pariser Commune zu,“ — kündigt die Staat, Gesellschaft und Thronen den „Umsturz“ den „Vernichtungskampf“ an. — Ei, ei, liebes kleines griechisches p! Der Leipziger Hochverrathprozeß war im März 1872, die Pariser Commune begann im März 1871 und endete im Mai desselben Jahres 1871, und Du bist ein wunderbarer Konfusionsrath, der nicht einmal die einfachsten Daten fest- und auseinanderhalten, nicht die einfachsten Schlüsse ziehen kann, und überhaupt von dem Thema, worüber er zu schreiben sich unterfangt, absolut nichts versteht. Und dafür mußt Du unmaßstäblich die Katze haben! Höstein herunter! Nein, es ist wahrhaftig zu arg. Also daß wir 1871 der Commune „zujuchzen“, ist ein Beweis, daß wir nach dem Leipziger Prozeß von 1872, uns als Hochverräter entpuppt haben! Hilf Bakulus! Eins, zwei, drei! Und da der angeführte „Umsturz aller Throne“ und „Vernichtungskampf“? Wo sind unsere Säbel, Büchsen, Bajonetts und Gewehre? Wo sind unsere festeren, kleineren griechisches p, hast jedenfalls die Nacht, bevor Du das „Zwickauer Wochenblatt“ heimsuchtest, in Folge des Genusses irgend einer unverdaulichen Speise, etwa eines zu fetten Herings, Bismarck's Träume gehabt? Oder laborirtest Du gar an jener perfiden, unnenbaren Krankheit, die Nikolai den Tod, aber auch die Unsterblichkeit — freilich besondrerer Art — gebracht hat? Siehe darüber Goethe's Faust. Goethe — das sei Dir hier mitgetheilt — ist ein berühmter deutscher Dichter, pardon! wir wollten sagen Frankfurter Dichter — denn, als er starb, war das Bismarck'sche Deutschland ja noch nicht erfunden — und der „Faust“ gilt für ein tolerables gutes Gedicht. Wenn Du es liest, so gewinnst Du vielleicht Gesandtschaft an der Lektüre und am Studium, und wer weiß, es gelingt Dir am Ende, das Sprichwort zu Schanden zu machen: Was Händchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Und damit Gott befohlen, du kleines griechisches p; und gelächelt Dir wieder einmal nach einem „Schmerzschrei“, so brauchst Du es nur zu sagen, wir sind menschenfreundlich bereit, Dich zu affomodiren. Zieh dich Höstein wieder in die Höh, und setze Dich darauf, denn ein Nichtswisser, ein Mensch, der nicht im Stande ist, die handgreiflichsten Thatsachen zu verstehen, ist ein gar jämmerliches Geschöpf, namentlich wenn er —

Döbeln, 6. Oktober. Zunächst haben wir zu berichten, daß die Kreisdirection zu Leipzig die Maßregelungen, Auflosungen von Volksversammlungen, sowie die Auflösung des sozialdemokratischen Arbeitervereins durch die hiesige Stadtpolizeibehörde nicht nur bestätigte, sondern uns in dem Bescheid noch offen erklärte, wir hätten nur deshalb einen sozialdemokratischen Arbeiterverein gegründet, um die Gesetze besser zu umgehen. Nun, was all diese Maßregelungen zu Stande bringen, wird wol nimmermehr die hiesige Behörde, namentlich unser Herr Bürgermeister Thiele begriffen haben, denn es werden jetzt einige 50 Exemplare des „Volkstaat“ hier gehalten und befindet sich bei mir eine Filialexpedition des „Volkstaat“. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß der Abonnementstand in kurzer Zeit auf achtzig bis hundert steigen wird. An Agitation soll es nicht fehlen. Nehmen Sie die Berücksichtigung hin, Herr Thiele, daß, so lange ein Tropfen Blut in unsern Adern rollt, wir keinen Augenblick ungenügt vorübergehen lassen werden, für unsere gerechte Sache einzustehen. Daher nur immer neue Maßregelungen, Herr Bürgermeister, Sie werden unwillkürlich der beste Agitator der Sozialdemokratie. Arbeiter von Döbeln! Die beste Antwort auf die Anfeindungen unserer Gegner ist: Zahlreiches Abonnement auf den „Volkstaat“. Diese Herren sollen erfahren, daß sie mit all ihren Bekämpfungen nur Del in's Feuer gießen.

Augenblicklich liegt mir eine Nummer des „Waldheimer Anzeigers“ vor, worin mir eine Annonce auffällt, welche wie folgt lautet: „Nur gute Cigarrenarbeiter werden gesucht, 53 Rgr. Lohn, Amstürter Deckblatt, 4—5 Pfd. Deckkraft. Heinrich Bergmann.“ Diese Annonce weiter zu besprechen, halte ich nicht für nöthig. Ein Jeder wird aus derselben erkennen, daß sich unsere heutige

schwerden in das allgemeine Parteiorgan als ihr Recht verlangen können.

Wir ergreifen in diesem bedauerlichen Streit keine Partei, wir hegen bloß den Einen Wunsch, daß der Allgemeine Deutsche Tabak- und Cigarrenarbeiter-Verein, nächst dem Buchdruckerverband noch vor Kurzem die blühendste Deutsche Gewerlegenossenschaft, neugekräftigt — stark, unübersehlich stark durch Einigkeit — aus dieser Krisis hervorgehen möge.

Das Schriftstück, welches uns zur Veröffentlichung übergeben worden ist, lautet:

Aufruf an alle Cigarrenarbeiter.

Kollegen! Bereits im Mai dieses Jahres erließen wir einen Aufruf, durch welchen wir nichts weniger bezweckten, als eine große Vereinigung sämtlicher Kollegen Deutschlands zu Stande zu bringen. Und vorzüglich an Euch, die Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Tabak- und Cigarrenarbeiter-Vereins“ wandten wir uns mit der Bitte, den Anträgen von Mannheim, Pirna, Verden, Delmenhorst etc., welche des Guten und Praktischen so viel enthielten, auf Eurer Generalversammlung Bahn zu brechen resp. dieselben zur Annahme zu bringen. Jedoch das Protokoll, so weit es jetzt zu unserer Kenntniß gelangt, hat uns zu unserm größten Bedauern gezeigt, daß Ihr den nur zu gerechten Wünschen vieler Tausender Eurer Kollegen nicht vollkommen gerecht geworden seid, wodurch Ihr Euch zu Mitschuldigen an unserer jetzigen Ohnmacht und Zerrissenheit gemacht habt. Doch es sei ferne, Euch zu zürnen oder Euch irgend welchen Vorwurf machen zu wollen, wir kennen ja die Mittel, durch welche Euer Präsident, jetziger Geschäftsführer Herr Frische, jede (wenn auch nur anscheinend gegen seine Person gerichtete) Opposition von vornherein todt zu schlagen verstand. Wir glauben auch die Gründe zu kennen, welche genannten Herrn zu seiner Handlungsweise veranlaßten.

Kollegen! so leid es uns thut, und so wenig Ehre es unserer Korporation aus macht, müssen wir doch die Behauptung aufrecht erhalten, so lange Frische irgend welche Machtstellung innerhalb unserer Korporation einnimmt, wird und kann eine große Vereinigung nie mehr zu Stande kommen. Denn, ist ein Mann, welcher solche schamlose, daß und Feindschaft stände Artikel, wie der gegen die Bauener Kollegen gerichtete (siehe „Botenblätter“ Nr. 36.), in die Welt zu schleudern sich nicht schämt — noch im Stande, Vertrauen zu erwecken, oder kann der sich noch berufen fühlen, uns in einem großen Bruderbunde zu vereinigen? Rimmermehr!

Kollegen! Anknüpfend an unsern früheren Aufruf und Bezug nehmend auf das oben Gesagte, fühlen wir, die Leipziger und Altenburger-Cigarrenarbeiter, uns gedrungen, mit folgenden, in zwei zu Leipzig abgehaltenen Versammlungen genehmigten Vorschläge an Euch zu treten.

Einen Allgemeinen Cigarrenarbeiter-Kongreß einzuberufen, auf welchem sämtliche Kollegen Deutschlands (gleichviel welcher Fraktion dieselben auch angehören) vertreten sein sollen. Derselbe soll Mittel und Wege finden, eine Organisation zu schaffen, die es uns möglich macht, den einzig und allein gegen uns und unsere heiligsten Interessen gerichteten Fabrikantenvereinigungen einen wirksamen Damm entgegen zu setzen.

Denn wollen wir länger in dieser ohnmächtigen Zerrissenheit verharren, dann ist die Zeit nicht mehr fern, wo man uns zur werthlossten und wohlfeilsten aller Waare, unsere Weiber und Töchter aber zum willenlosen Spielzeug unserer Ausbeuter und Feiglinge herabwürdigen wird.

Deshalb auf, Kollegen! weist den Gedanken an solche trostlose Aussichten mit Entrüstung zurück, zeigt Euch als Männer der That, strebt von Neuem nach dem Ruhme, die Avantgarde der deutschen Arbeiter zu sein, beschickt massenhaft den Kongreß und die Opfer, welche Ihr jetzt bringt, sie werden Euch lohnende Früchte tragen.

Und vor Allem Ihr Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeiter-Vereins“ reicht uns die Hand zur Vereinigung und macht Euch nicht schuldig an der gewaltsamen Zersplitterung unserer Kräfte, indem Ihr uns vielleicht zwingt, einen neuen Verein zu gründen.

Von uns sei Euch noch die Versicherung, daß wir uns in allen Fällen den Beschlüssen des Kongresses folgen werden und wenn selbst der „Allgemeine deutsche Cigarrenarbeiter-Verein“ der Sammelplatz sein sollte. Wir Leipziger und Altenburger haben beschlossen, indem Leipzig wol ziemlich der Mittelpunkt von Deutschland ist, hier den Kongreß tagen zu lassen. Wir ersuchen Euch dringend, so bald als möglich (aber spätestens bis zum 30. Oktober) betreffs unsers Aufrufs Antwort an uns gelangen zu lassen, indem der Kongreß vom 2.—5. November abgehalten werden soll. Solltet Ihr jedoch einen anderen Ort wünschen, so werden wir uns auch dem fü. Wir hegen aber die Hoffnung, daß Ihr Leipzig als verschiedenartigen (und zwar sehr triftigen) Gründen den Vorzug gebt.

Mit kollegialischem Brudergruß und Handschlag.

Das Comité zu Leipzig und Altenburg.

Adressen sind zu senden an Julius Geithe, Leipzig, Reudnitz, Seitenstraße Nr. 2.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Pöblingen (Württemberg), 13. Oktober. Auf den 6. Oktober hatten wir eine Volksversammlung nach Sindelfingen im Launm angefündigt, um unsere ins Stocken gerathene internationale Gewerkschaftsgenossenschaft der Weber zu neuer Thätigkeit anzuspornen. Die Tagesordnung lautete:

1) Die Arbeiterbewegung. Referent Burkhardt. — 2) Das Genossenschaftswesen. Referent Umland.

Die beiden Herren Referenten haben ihre Aufgabe auf das Allertrefflichste gelöst, und wurden ihre klaren, bis auf das Einzelne sich erstreckenden Auseinandersetzungen mit dem größten Beifall aufgenommen, so daß die sozialdemokratischen Lehren hier jetzt stärkeren Boden gefaßt haben, als es vorher der Fall war. Wenn wir von den Stuttgarter Parteigenossen noch öfter durch tüchtige Reden unterstützt werden, wird auch hier die Wahrheit siegen und in aller Herzen einschlagen.

Am Schlusse der Versammlung ließ sich eine bedeutende Anzahl Kollegen in die Genossenschaft aufnehmen und werden wir, wenn unsere engeren Angelegenheiten geordnet sind, unseren Pflichten gegen den Vorort Crimmitschau pünktlich nachkommen, ebenso unsern Beitritt zum deutschen Weberbund erklären, denn nur Einigkeit führt zum Ziele.

Deshalb Kollegen allerorts, besonders Württembergs, vereinigt Euch, organisiert Euch, denn vereinigt sind wir gar nichts, vereint alles. Es lebe die Organisation.

Mit sozialdemokratischem Gruß. W. Haas.

den zur Beseitigung der sekundären Bedrängnisse der Partei unumwunden beitragen.

Man wird mir entgegen, die Genossenschaft sei nicht die Partei. Ich wol, das ist so; es kann dies nach den heutigen Gesetzen nicht anders sein. Eine Parteivereinigung vermag die Rechte einer wahren Person nicht zu erhalten, sie ist lediglich den Vereinsregeln unterstellt und erfreut sich nicht der Möglichkeit des direkten Schutzes ihres Eigentums. Sie muß also die beste Form, welche das Gesetz an die Hand giebt, benutzen, um ihr Eigentum nicht nur nutzbringend, sondern auch in jeder Beziehung sicher anzulegen. Dies wird geschehen, liegt es doch im Geiste der Organisation, daß nur Freunde unserer Partei Aufnahme in die Genossenschaft erlangen, vor allem aber sich für die der Genossenschaft vorzeichnete Aufgabe interessieren werden. Also Euch, Parteigenossen, ist das Schicksal dieses Unternehmens selbst in die Hand gegeben. Der demokratische Geist, welcher unsere Parteiorganisation durchdringt, ist auch in das Statut der Genossenschaft getragen worden. Es hat jedes Mitglied Stimmrecht. Der Vorstand besteht aus drei Personen; er leitet die Geschäfte der Genossenschaft, jedoch unter Kontrolle des Aufsichtsraths, welcher aus fünf Personen besteht und von den Mitgliedern desjenigen Orts erwählt wird, der zum Sitz des Aufsichtsraths von der Generalversammlung bezeichnet wurde. Vorläufig ist der Aufsichtsrath in Leipzig. Es steht aber nichts im Wege, ihn auf der Generalversammlung nach einem anderen Orte z. B. dem Orte, wo zugleich der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei seinen Sitz hat, zu verlegen.

Der sozialistische Charakter geht dem Unternehmen auch nicht ab. Es ist im Statut gesagt, daß jedes Mitglied nur eine Stimme hat, gleichviel ob es einen oder mehrere Genossenschaftsantheile, deren jedes Mitglied aber höchstens fünfzehn besitzen darf, sich erworben hat. Die Antheile sind auf die niedrigste Summe, welche das sächsische Genossenschaftsgesetz zuläßt, festgesetzt, nämlich auf zehn Thaler. Da jedoch die Zahlung dieser zehn Thaler sich auf fast zwei Jahre vertheilt, so dürfte es vielen Parteigenossen möglich sein, sich an dem Unternehmen zu betheiligen.

Außerdem steht es zwei, drei oder noch mehr Parteigenossen frei, ja es ist dies vielfach zu empfehlen, sich gemeinschaftlich einen Antheil zu erwerben. Dieser Schein ist auf einen bestimmten Namen zu entnehmen; der nominelle Inhaber stellt alsdann denjenigen, welche Mitbesitzer des betreffenden Antheilscheines sind, eine Bescheinigung über ihr Mitgüterthum aus. Auf diese Weise geht Jeder sicher.

Die Genossenschaftsantheile erhalten an Dividenden, eventuell Zinsen, jährlich sechs Prozent. Ein weiterer Theil des etwaigen Geschäftsgewinnes wird zum Reservefond geschlagen, und der Rest des Gewinnes (Ueberschuß) nach dem Beschluß der jährlich ein Mal stattfindenden Generalversammlung verwendet. Letztere Bestimmung ist der weiteste Schritt nach links, welchen das Gesetz erlaubt. Umso mehr müssen wir darauf achten, daß tüchtige Parteigenossen dem Unternehmen sich anschließen, und durch ihre Stimme im Sinne der Gründer leiten.

Was die Sicherheit betrifft, welche das Unternehmen für das eingezahlte Kapital bietet, so behaupte ich, daß wol selten eine Genossenschaft mit mehr Gewißheit auf Erfolg gegründet worden ist, als die hier gemeinte. Die zehn Thaler, die wir von jedem leistungsfähigen Parteigenossen bestimmt erwarten, sind daher nicht etwa ein Unterstützungsalmojen oder ein Geldopfer im gewöhnlichen Sinne, sondern sie sind ein wohlangelegtes, 6 Prozent Zinsen tragendes Kapital, das man über kurz oder lang, wenn nöthig, unabweislich sehr leicht an andere Parteigenossen veräußern kann.

Durch die bisherigen Bemühungen ist es gelungen, schon eine ziemlich Anzahl von Freunden des Unternehmens zur Zeichnung von Antheilscheinen zu bewegen. Die Genossenschaft hat ihre geschäftliche Thätigkeit eröffnet und damit die Sympathien Aller erregt, welche die Bedeutung eines solchen Schrittes einsehen. Allein nur mit genügendem Betriebskapital wird das Geschäft gedeihen. Was bis heute auf die gezeichneten Antheilscheine eingezahlt worden ist, mußte für die nöthigen Einrichtungen, Schriften und Maschine verausgabt werden. Um hinlänglich Arbeitskräfte einzustellen und den üblichen Kredit gewähren zu können, bedarf die Genossenschaft noch weiterer Summen. Man werde sich deshalb seitens Derjenigen, welche bis jetzt gezeichnet haben, mit den Zeichnungen vorzugehen und schicke so bald wie möglich an den Vorstand in Leipzig (Adresse: Genossenschaftsbuchdrucker, Zeitstraße 44) die Beträge für gezeichnete Antheilscheine halbtüchtig ein. Wer dazu im Stande ist, den Antheilschein auf einmal ganz oder halb zu bezahlen, der möge dies ohne weiteres thun, denn je mehr Mittel dem Unternehmen von vornherein zu Gebote stehen, desto erfolgreicher wird es Geschäfte machen und sich entwickeln können.

Im Ganzen werden vorerst etwa fünfhundert Antheilscheine ausgegeben werden. Rechnen wir nun, daß in den größeren Städten, überhaupt in jenen Orten, wo die Parteigenossen zahlreich sind, die Parteigenossen annähernd ihre Pflicht thun, so sollte man doch meinen, daß mindestens 300 Antheile von diesen Parteigenossen gezeichnet werden. 150 Antheile gerechnet auf die kleineren Orte, bleiben schließlich noch fünfzig Antheile in Reserve, die an neu hinzutretende Parteigenossen im Lauf der Zeit begeben werden können. Für die größeren Parteimitgliedschaften ist es Ehrensache, mindestens zehn Scheine unterzubringen, damit bei der Wahl des Aufsichtsraths, zu welcher ihr Ort von der Generalversammlung berufen werden kann, nicht etwa nur fünf Genossenschaftsmitglieder, die sich dann selbst zu wählen hätten, zu finden sind. Das reinste Parteinteresse ist es also, welches sie zum Zeichnen von Antheilscheinen antreiben sollte.

Wer A sagt, muß auch B sagen. Wir wollen das Parteigut der bisherigen Unsicherheit entziehen, wollen die Partei selbstständig emanzipiren, und dazu haben wir den Weg der Genossenschaft beschritten. Es ist kein übereilter Schritt, — dafür spricht, daß das Unternehmen schon seit zwei Jahren discutirt wurde. Mit Ueberzeugung sind wir ap's Werk gegangen, mit Ausdauer wollen wir es vollenden, um alsdann mit Freude in ihm ein Bollwerk unserer Bestrebungen erblicken zu können.

Parteigenossen, thue jeder das Seine! August Geib.

Auf wiederholtes Drängen bewährter Parteigenossen entschlossen wir uns zum Abdruck des nachfolgenden Schriftstücks, nachdem wir uns überzeugt hatten,

1) daß es sich hier nicht, wie wir anfänglich vermuthet hatten, um einen neuen, von Gegnern der Arbeiterpartei in Scene gesetzten Zersplitterungsversuch handelt, und daß wenigstens viele der Betheiligten ernstlich die Einigung wollen;

2) daß der „Botenblätter“ keine oppositionellen Kundgebungen und Meinungsäußerungen veröffentlichen, und daß deshalb die unserer Partei angehörigen Cigarrenarbeiter, nachdem ihnen ihr Parteiorgan verschlossen worden, mit Hing die Aufnahme ihrer Be-

Bourgeoisie nicht mehr schämt, mit einem derartigen Hungerlohn noch vor der Öffentlichkeit zu prahlen.

Bärth. 10. Oktober. Gestern ward bei Gelegenheit der Kirchweih und Messe hier unsern Nationalsozialen wieder einmal Stoff zu beklagen, daß unsere Gemeindevorwaltung nicht schon längst für Militär geforgt hat. Ein von Metz zurückkehrender Soldat hatte das Unglück im Glöckchen eine Fahne mit 19 Thlr. zu gewinnen, darüber erfreut, holt er sich im nächsten Wirtshause einige Musiker und will sich zum Bahnhof am Rathhause vorüber führen lassen, allein hier wurde er in Folge dessen von der Polizei arretirt und eingesperrt. Doch dieses war für ihn, der mit dem Verdienstkreuz und dem eisernen Kreuz zurückgekehrt war und seinen Kameraden, die ebenfalls dekoriert waren, zu viel, sie verlangten Freilassung, und da dieses nicht geschah, singen dieselben an, die Fenster an der Polizei einzuwerfen. Da nun während der Kirchweih und besonders an diesem Tage die Straßen gedrängt voll Menschen sind, so läßt es sich sehr leicht begreifen, daß sich sofort eine große Menschenmasse vor dem Rathhause ansammelte, und daß ein Theil derselben für die Soldaten Partei nahm, ist nicht zu verwundern.

Immer stürmischer wurde die Freigabe verlangt und immer größer wurde der Haufe, der sich vollständig passiv verhielt; nicht einmal Geschrei war zu vernehmen, aber fest, wie eingemauert standen sie da, harrend der Dinge, die da kommen sollten. Endlich, o Glück! kam Kavallerie von Nürnberg. Die Rathhanshoren thaten sich auf, die Stürmer drangen ein, die Soldaten nach und somit hatten sich die Excedenten selbst gefangen, und nun ging's ans Arretiren, daß es nur so eine Lust war.

Natürlich sind an dem ganzen Unfug die bösen Sozialdemokraten schuld und phantastische Bourgeoisdenunzianten wollen sogar die rolhe Fahne unter dem Hauften bemerkt haben. Auch die Frisch-Frei-Frohlich-Frommen waren zur Stelle — als Alles vorüber war. So lange nämlich keine Soldaten amovend waren, sah man sie nicht, und doch hätten sie die besten Dienste geleistet, wenn sie die Masse bei Zeit zu ruhigem Auseinandergehen bewogen hätten.

Eisenach. 13. Oktober. Auf die Anfrage der Tischlergehülfen Leipzigs in Nr. 82 des „Volksstaat“ diene zur Antwort, daß die Nachfrage der Firma Schneider und Compagnie Kellame ist. Durch einen unserer Parteigenossen, der Schreiner ist, habe ich nachfragen lassen, und erfahren, daß der betreffende Fabrikant, welcher jetzt mit 3 oder 4 Leuten arbeitet, bloß 5 bis 6 Leute auf Stillschleiferei bei wöchentlichen Verdienst von 3 Thlr. bis 5 1/2 Thlr. beschäftigen kann. Auch in unserem Blatte sucht Schneider fortwährend nach Arbeitern, doch bleibt Niemand, weil der Lohn zu gering ist; auch ist das Geschäft gar nicht so bedeutend, daß von einer Beschäftigung von 30 bis 40 Leuten die Rede sein kann. Dies ist der richtige Sachverhalt, und bitte ich Sie, dies zu veröffentlichen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Richard Barowsky, Vorsitzender.

Stuttgart. Die Lage der Buchbindergehülfen und besonders deren Lohn, ist bekanntlich überall gleich gedrückt. Pflicht und Aufgabe eines jeden Arbeiters ist es, nicht nur seine eigene sondern auch die Lage seiner Mitkollegen und Mitmenschen nach Kräften heben und fördern zu suchen. Aus diesen Gründen wurde in hiesiger Stadt, trotz der Auflösung des internationalen Buchbindervereins, wieder an eine Vereinigung der Kollegen gegangen und ist auch nach mehreren vorhergegangenen allgemeinen Buchbinderversammlungen im September vorigen Jahres ein Verein für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige ins Leben getreten. Zweck des Vereins ist: die geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder zu heben und zu fördern. Sofort nach Gründung des Vereins wurde, von der richtigen Ansicht ausgehend, daß durch isolirtes Wirken eines Kolalvereins doch nie etwas Vollständiges erreicht werden könne, in den arbeiterfreundlichen Blättern die Aufforderung an die Kollegenvereine erlassen, um ihre Adressen mitzutheilen, um mit ihnen in Gegenseitigkeit treten zu können. Längere Zeit wurde jedoch von andern Städten keine Regung verspürt und so waren wir gezwungen, als alleinstehender Verein wenigstens für die hiesigen Gehülfen unserer Branche die Lage zu verbessern zu suchen. Als erste Hauptaufgabe wurde betrachtet, eine allgemeine Lohnhöhung zu erzielen. Ein besessliches, im November vorigen Jahres an unsere Arbeitgeber eingereichtes Gesuch um 25prozentige Lohnhöhung ist, da dieselben wußten, daß wir noch nicht energisch auftreten konnten, ohne Antwort geblieben. Seit diesem ersten Auftreten des Vereins sind die Löhne bei einzelnen Arbeitern, sei es, um dieselben vom Vereine abzuziehen, sei es, daß unsere Arbeitgeber die Nothwendigkeit einer Aufbesserung selbst erkannt haben, um etwas besser geworden. Da jedoch die Aufbesserung nicht allgemein war und da die vorgekommenen Lohnhöhungen mit der in diesem Jahre enorm gestiegenen Theuerung lange nicht Schritt hielten, so wurde als notwendig erachtet, die vorigen Jahres gestellte Forderung um 25prozentige Lohnhöhung, sowie auch Vesperzahlung der Ueberzeitarbeit im Juni dieses Jahres zu erneuern. Diesemal fühlten sich unsere Arbeitgeber bewogen, ein Komitee zu ernennen, das mit uns zu unterhandeln hatte. Nach längerem Hin- und Herschreiben und nach einer Sitzung der beiden Komitees wurde das Gesuch als zu hoch verworfen. Um jedoch die ganze Sache nicht scheitern zu machen, rebuzirten wir unsere Forderung auf 16 2/3%. Endlich wurde dieses von dem größten Theile unserer Arbeitgeber durch Namensunterschrift und Zusage genehmigt. Doch was geschah bei den Auszahlungen? Von dieser gewiß bescheidenen und sogar schon genehmigten Forderung wurden die vorhergegangenen Aufbesserungen bei den meisten Arbeitgebern in Abzug gebracht. So erlaubt man sich mit den Arbeitern umzugehen, so wird die Humanität und die Menschlichkeit gewahrt. Und wieder konnten wir nicht energisch auftreten, da eine durchgreifende Verbindung nach Außen fehlte und da ein großer Theil der Kollegen, meist solche, welche dem Vereine nicht angehören, mit dem erhaltenen Fußtritt zufrieden waren.

In diesem Jahre haben sich nun mehrere Vereine der Buchbinder gebildet, und nach den uns zugegangenen Mittheilungen wird auch von diesen eine feste Vereinigung, ein starker Verband erstrebt. Da sich die Nothwendigkeit nach Vereinigung immer mehr fühlbar macht, so wäre es an der Zeit, bald an die Arbeit zu gehen, und erfuchen wir sämtliche Vereine und sämtliche Kollegen allerorts, ihre Ansicht bekannt zu geben, damit eine baldige Zusammenkunft zur Festsetzung der Sache stattfinden kann.

Im Auftrag des Stuttgarter Buchbindervereins: Dietrich.
NB. Briefe beliebe man zu senden an O. Raß, Holzstr. 2.
Stuttgart. 13. Oktober. Schreinerstreife in Aussicht wegen Anführung einer Verfallordnung von Seiten einiger Kleinmeister. Es handelt sich um Wahrung unserer Ehre. Zuzug fern zu halten.
J. A.: Albert Scholz, Schriftführer.

Weiterer Bericht folgt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter bittet um Abdruck des Vorstehenden
d. O.

Berlin. 10. Oktober. Schuhmacher Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz. Sämtlichen Kollegen zur Nachricht, daß der Kongreß der Schuhmachergesellen und Kleinmeister am 17.,

18, 19 und 20. November dieses Jahres in Berlin, Sophienstraße 15, im Saale des Handwerkervereins stattfindet, und sind hierzu allerorts von den Kollegen Delegierte zu wählen, und mit Mandaten zu versehen. Die Mandate müssen mit der Namensunterschrift der Herren Kollegen versehen sein, die das Bureau in der Schuhmacherverammlung gebildet haben.

Die Aufrufe zum Kongreß sind versandt und werden sich im Besitze der Altgesellen, Bevollmächtigten, Vertrauensmänner etc. befinden; sollte irgend eine Stadt übersehen worden sein, dann bitte sofort an Unzeichneten zu schreiben, damit man ungehäumt die Versammlung gut machen kann.

Auch bitte ich sämtliche Bevollmächtigten und Freunde der Arbeiterfrage, für den Kongreß der Schuhmacher eintreten und agitiren zu wollen, denn die Interessen der Arbeiter sind solidarisches.

Betreffs der verschiedenen direkten wie indirekten Angriffe und Verdächtigungen, welche wir entschieden zurückweisen, sei bemerkt, daß es in Berlin so tüchtige Sozialdemokraten giebt, wie anderwärts — und daß die Berliner Kollegen bestimmt wissen werden, was sie zu thun und zu lassen haben. — Daß sich der Schuhmacherkongreß nach keiner politischen Partei hinüberziehen lassen darf, ist Ehrensache eines jeden Delegirten. — Wozu die gegenwärtige Reiberei? — Die Kollegen außerhalb werden es den Berliner Kollegen noch Dank wissen, daß sie den Kongreß der Schuhmacher in die Hand genommen und die Agitation gefördert haben. —

Wenn die verschiedenen Handwerktage den Arbeitern die Augen noch nicht geöffnet haben, dann werden sie überhaupt nicht geöffnet werden können. — Es liegt im Interesse der Sache, Hand in Hand zu gehen, wir müssen uns vereinigen, um unsere soziale Lage zu verbessern. Wenn die Berliner Kollegen die Kosten nebst den damit verbundenen Arbeiten nicht scheuen, alsdann dürfen auch die Kollegen aus Süddeutschland die paar Thaler Reiseflosten nicht scheuen, welche es vielleicht mehr kosten könnte; zu allem Ueberflus sei noch bemerkt, daß bei der Zusammenstellung des Komitees nach allen Seiten hin Rechnung getragen worden ist.

Also auf nach Berlin zum Kongreß!
Mit Brudergruß im Auftrage des Komitees Th. Aurin, Vorsitzender, Königstraße 15, wozu alle Briefe zu adressiren sind.

Wien. Die Arbeiter des Hoforgelbauers und Harmonikfabrikanten Peter Tiz haben behufs Erlangung einer Lohnhöhung die Arbeit eingestellt. Es ist dringend notwendig, daß aller Zuzug ferngehalten wird.
J. Zilla.

Anzeigen etc.

Breslau. Volksversammlung. Montag, den 21. ds. Mo. Abends 8 Uhr im Saale des Weihen Dirsch, Gr. Scheinigerstr. 10 und Hirschgasseneck. — Tagesordnung: 1) „Die deutsche Freihandelschule und ihre Vertreter.“ Ref.: S. Geiser. — 2) „Die Gewerkvereine und die Auslösung des Tischler Flehners.“ Ref.: S. Färber. — 3) „Die Adresse an den Magistrat in Sachen der Wohnungsnoth.“ Ref.: P. Dehne. — Die Parteigenossen werden aufgefordert, vollständig am Plage zu sein. S. Dehne.

Dresden. Den Mitgliedern der internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer zur Nachricht, daß die Adresse des Vorsitzenden von jetzt an Palmstraße Nr. 55 im Destillationsgeschäft ist. [2a] Ernst Knof, Vorsitzender.

Cronsthal. (Geburtsanzeige.) Am 5. Okt. wurde meine Frau glücklich von einem kleinen Weltbürger entbunden, welcher am 7. Oktober zu Ehren unseres Vorkämpfers mit den Vornamen August Bebel ins Disidentenregister eingetragen wurde.
Den 12. Oktober 1872. F. A. Heinrich.

Hainichen. Allen mit mir korrespondirenden Parteifreunden und Freundinnen die Anzeige, daß meine Adresse seit 12. d. M. Brühl Nr. 144 4, Tr. ist.
Emilie Steudte.

Hamburg. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Montag, den 21. Oktbr., Abends 9 Uhr, in Eberhahn's Clublocal, Zeughausmarkt 31. Tagesordnung: Die sozialpolitischen Ereignisse in jüngster Zeit. Referent Praast. Gäste haben Zutritt.
August Weib.

Hannover. Sozialdemokratischer Arbeiterverein im Saale des Bahnhofs. Bestehend in Concert und Ball. Anfang 4 Uhr. Alle einseitigen und auswärtigen Freunde und Parteigenossen werden freundlichst eingeladen [2b] Das Festcomitee.

Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Dienstag, den 22. Oktbr., Abends 8 Uhr, im Leipziger Saal: Ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Rechnungsbericht des Kassiers. Neuwahl des Vorstandes. — Jedes Mitglied setze seine Ehre darein, in dieser Versammlung nicht zu fehlen. — Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Mehr als 3 Monate zurückbleibende Mitglieder sind nicht stimmberechtigt.
Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr: Generalversammlung im Saale des Frn. Zeidler, Gr. Windmühlstr. Nr. 7. Tagesordnung: 1) Kassenbericht des Gewerkschafts- und des Krankenkassiers. 2) Verschiedene Anträge. Die Mitglieder werden auf 26 der Krankenkassenstatuten aufmerksam gemacht. D. S.

Leipzig. Fach-Verein der Kürschner und Hülsenmacher Leipzigs und Umgegend. Montag, den 21. Oktober d. J., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Richter, Köpplag Nr. 9. Die Mitglieder werden ersucht, wegen Besprechung einer nächsten Abendunterhaltung sich recht zahlreich einzufinden. Gleichzeitig den zurückbleibenden Mitgliedern zur Nachricht, statutengemäß ihren Pflichten nachzukommen. — Aufnahme neuer Mitglieder. — NB. Die Mitglieder werden im Interesse des Vereins gebeten, sich etwas pünktlicher und regelmäßiger einzufinden.
D. S.

Leipzig. Sektion der Tischler und Pianoforte-Arbeiter. Die regelmäßig alle 14 Tage stattfindende Versammlung fällt diesmal aus, dafür werden die Beiträge vom Sektionskassier vor Beginn der Gewerkschafts-Generalversammlung, welche Sonnabend, den 19. Oktbr., 8 Uhr Abends bei Zeidler, Gr. Windmühlstr. 7 stattfindet, entgegengenommen.

Paris. Cafe-Brasserie-Duiffe Ch. Wulf. 35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre. Dejeuners et Diners a tout prix. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. „Volksstaat“, „Berliner Bund“ und französische Zeitungen liegen auf. Hier Zureisenden wird bereitwilligst jede erwünschte Auskunft ertheilt. [2a]

Wandsbeck. O. Kuttjohann, Rathbildenstr. 26, empfiehlt sich den Parteigenossen zur Lieferung von Weiß-, Fein- und Schwarzbrod.
Den Parteigenossen biete ich an:
S. Beder, der alte und der neue Jesuitismus. 2. Aufl. 20 Stück 2 Thlr., einzeln (Porto 8 Pf.) 4 Rgr.
W. Brade jr., der Braunschweiger Auszug der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Löhnen und vor dem Gericht, mit Gruppenbild. 6 Stück 2 Thlr., einzeln (Porto 9 Pf.) 12 1/2 Rgr.
Gruppenbild aus vorstehendem Werke, ausgezeichnet, 13 Portraits enthaltend. 13 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 1 Rgr.) 3 Rgr.
Fusarenbrodprojekt gegen den Braunschweiger Volksfreund. 30 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 4 Pf.) 1 1/2 Rgr.

Antiklubb. Gedicht. 100 Stk. (Porto 3 Rgr.) 20 Rgr., einzeln 6 Pf. (Porto bis 12 Stück 4 Pf.).
Bericht des Vordere Generalrathes an den Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Haag. 100 Stk. (Porto 3 Rgr.) 1 Thlr., einzeln 6 Pf. (Porto bis 8 Stück 4 Pf.).
Kassalle. Arbeiterleibsch. 20 Stück 1 Thlr. 15 Rgr., einzeln (Porto 8 Pf.) 3 Rgr.
Kassalle. Erwidrerung (neu). 30 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 4 Pf.) 1 1/2 Rgr.
Die sämtlichen Sachen bedürfen keiner Empfehlung. Auch die übrigen sozialistischen Schriften halte ich auf Lager.
Demnächst wird erscheinen:

Briefe deutscher Bettelpatrioten
von Bernhard Beder.
Man wende sich an die Expedition des „Braunschweiger Volksfreund“,
Neuestraße 23, oder an
W. Brade jr.
Braunschweig.

Bekanntmachung. Daß der Schriftsteller Herr Wilhelm Liebknecht in eurer auf Antrag der Herren Louis Ferdinand Stiegler, Gemmerjennath Johann Zimmermann und Carl Gustav Ederhardt, sowie des Stadtraths zu Reichenbach wider denselben anhängig gewordenen Privatanklage wegen Verleumdung und Verleibigung auf Grund Art. 237, 239 und 78 des Reichsstrafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen mit einer Geldstrafe von Sechszig Thalern belegt worden ist, wird in Gemäßheit des rechtskräftigen Erkenntnisses an durch bekannt gemacht.
Leipzig, am 11. Oktober 1872.
Königliches Gerichtsammt im Bezirksgericht daselbst.
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler, Kf.

Zum Bebel'schen Wahlfond.
Von Herrn Rechtsanwalt Freitag in Leipzig 10 Thlr.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Für den „Volksstaat“.
Von E. Kurz in Tübingen Schuldschein Nr. 409 gratis zurück.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Briefkasten: der Redaktion: Eisenarbeiter R. D. Wien: Die gewünschte Adresse ist Hamburg, Anandofstr. 44.
der Expedition: Müller Colp. hier für Abonnement 4. Quartal 40 Thlr.; Hadlich hier für Abonnement 4. Quartal 13 Thlr.; Oelmalz hier für Schriften 1 Thlr.; J. Jacoby Berlin für Schriften 1 Thlr.; Pet. Paris: Die begabten für Str. u. Cafe S. pro 3. u. 4. Qu. für Ste. und für Sie pro 4. Qu.; Annonce kostet 13 mal per Quartal 1 Thaler 18 Groschen; — Michel in Weiburg für Schriften 8 Groschen; Arbeiter-Gewerkschaft Leipzig für Annoncen 2 Thlr. 28 Groschen; in Reichenberg 15 Thlr.; — Schneider in Warburg für Photographien 12 1/2 Gr.; — Fall in Eöin 2 Thlr. für Schriften, per Abnenn. 6 Thlr. 15 Gr. 6 Pf., für 4. Qu. 9 Thlr. 14 Gr.; Schulz in Frankfurt a. M. für Annoncen Bollinger 8 Gr., für Arbeiter-Partei 6 Gr., für Schriften 28 1/2 Gr.; Dohauer in Zwickau für Annoncen 23 Rgr., f. Ab. III. Qu. 2 Thlr. 20 1/2 Rgr. für Schriften 2 Thlr. 12 Rgr., Hersfner in Hürth für Schriften 3 Thlr. 21 Rgr. 4 Pf., Schulz in Augsburg, Sandten f. Annoncen 2 Thlr. 24 Rgr., die Annoncen der Partei und des literar. Ver. machen aber 11. Ausschreibung in Nr. 87 und 2 Thlr. 14 Rgr., wofür sind die übrigen 10 Rgr. Barowsky in Eöin nach für Schriften 2 Thlr. 9 Rgr. 5 Pf., Lütighaus in Wandsbeck: Ihre Annonce kostet 8 Rgr., E. Steude in Hainichen: Ihre Annonce kostet 6 Rgr., Adling für Volksoer. in Leipzig f. Annonce 1 Thlr., Franke Arbeiterver. in Hannover f. Annoncen 2 Thlr., Gesangsverein refirt nach 11 Rgr., deutscher Arbeiterverein Barau f. Abnennent IV. Qu. 1 Thlr.

Für politische Gemahregelte.
Von J. A. Heid in München 8 1/2 Gr.; J. Jacoby Berlin 2 Thlr. Von E. aus Würzen 1 Thlr.; Von Hauser durch Hadlich 12 Thlr. 5 Gr. 5 Pf. Monat September. D. Exped. d. „Volksstaat“.

Die Filialexpeditionen und Colporteurs,
welche für Abonnement 3. Quartal noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, die Beträge längstens binnen 14 Tagen einzulösen. Wer bis 1. November noch restirt, erhält von da ab seine Blätter mehr zugelandt.
Leipzig, 15. Oktober 1872.
Die Verwaltungskommission.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Einladung zur Betheiligung
an der
Genossenschaftsbuchdruckerei
zu Leipzig
nach dem Gesetze die juristische Person betr. vom 15. Januar 1868.
Nachdem die Genehmigung des Statuts Seitens der Behörde erfolgt und die Genossenschaft, ausgestattet mit dem Rechte der juristischen Person, unterm 10. October c. ins Handelsregister der Stadt Leipzig eingetragen worden ist, auch die Geschäftseröffnung bereits stattgefunden hat, ergeht hierdurch an alle diejenigen, welche sich für das Unternehmen interessieren, das Ersuchen, dieses Interesse durch Zeichnung von Genossenschaftsanteilen zu betheiligen.
Wir hoffen auf eine recht zahlreiche Betheiligung, da hier von der Bestand und die Entwicklung des Geschäfts wesentlich bedingt sind.
Indem wir nachstehend die Genossenschafts-Statuten ihrem Wortlaute nach folgen lassen, bemerken wir noch, dass Aufsichtsrath und Vorstand von der constituirenden Versammlung auf die Dauer von 3 Monaten nach erfolgtem Eintrag ins Handelsregister gewählt worden sind. Es wird demnach im Januar 1873 eine Generalversammlung stattfinden, der die Neuwahl beider Verwaltungsorgane obliegt.
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Die Verwaltungskommission.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig
Leipzig, 13. October 1872.
Der Aufsichtsrath: Der Vorstand:
P. Ullrich, Vors. H. Ramm, Vors. Chr. Hadlich, Kass.